

Schwarzwälder Tageszeitung

Gez. 1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher Nr. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Albstadt-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt.

Wird wöchentlich 4 mal. Bezugspreis: monatlich 1,80 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über 20 Zeilen 15 Pf. pro Spalte. Die Reklamenseite 45 Pf. pro Spalte. Bestellungen für die Zeitung sind zu jeder Zeit über den Postamtbesitzer oder den Verleger zu machen. Bestellungen für die Zeitung sind zu jeder Zeit über den Postamtbesitzer oder den Verleger zu machen. Bestellungen für die Zeitung sind zu jeder Zeit über den Postamtbesitzer oder den Verleger zu machen.

Nr. 97

Albstadt Mittwoch den 28. April

1926

Von Genua bis Genf

Zur neuen Weltwirtschaftskonferenz

Schon bald nach dem Aufwerfen der Reparationsfrage hatte es sich gezeigt, daß die Reparationsfrage nicht unabhängig gelöst werden konnte von der allgemeinen Gestaltung der weltwirtschaftlichen Beziehungen und daß auch umgekehrt der Wiederaufbau der Weltwirtschaft in seinem Erfolge von einer Lösung der Frage der internationalen Schulden und der Reparationen wesentlich mit bedingt war. Alle politischen Möglichkeiten erwiesen sich als eng mit den wirtschaftlichen Zusammenhängen verknüpft. Immer wieder wurden die Politiker, obwohl sie es vielfach nicht wahr haben, durch die unerbittliche Logik der Tatsachen an diese Zusammenhänge erinnert. Es braucht in diesem Zusammenhang nur an die verschiedenen Brüsseler Finanzkonferenzen, vor allem aber an die bekannte Genueser Konferenz im April des Jahres 1922 hingewiesen zu werden.

Die Konferenz in Genua war als eine internationale Aussprache über die dringlichsten internationalen Finanz- und Wirtschaftsfragen gedacht. Allerdings waren nur die europäischen Staaten beteiligt, während die Vereinigten Staaten sich aus der Rolle des stark interessierten Beobachters beschränkten. Von innerpolitischen französischen Erwägungen ausgehend hatte es Poincaré durchgesetzt, daß die Besprechung des Reparationsproblems nicht offiziell auf die Tagesordnung gesetzt werden dürfte. Damit war natürlich die Konferenz von vornherein in ihren Erfolgsmöglichkeiten behindert. Jedermann war sich darüber klar, daß es zwecklos sei, über die Wirtschaftstage Europas zu sprechen, wenn man nicht ihren Zusammenhang mit der Reparation und den internationalen Schulden berührt. In der Tat schloß die Konferenz ohne greifbare Erfolge, nachdem auch noch der deutsch-russische Rapallo-Vertrag wie eine Bombe hereinerschallt war.

In den Jahren 1923 und 1924 suchte sich Poincaré dann mit seinem Ruhrabenteuer auch weiterhin über wirtschaftliche Voraussetzungen hinwegzusetzen, nicht ohne über den Rahmen der Beteiligten hinaus die ganze Weltwirtschaft in Anordnung zu bringen. Erst das Jahr 1924 hat mit der Aufstellung des Dawesplanes und mit seiner Inkraftsetzung auf der Londoner Konferenz die Bindung der politischen Bestrebungen an die wirtschaftliche Grundlage bewirkt. Einflüchtige Politiker und Wirtschaftler — vor allem die Sachverständigen des Dawesplanes selbst — waren sich jedoch von Anfang an darüber klar, daß der Dawesplan wohl eine geeignete Grundlage für das Weiterarbeiten, keineswegs aber ein Evangelium bildet, an dem nicht geändert und gerüttelt werden dürfe. Die Welt ist durch ihn nicht der Aufgabe überhoben worden, auch fernerhin die Entwicklung der Schulden- und Reparationsfrage in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Weltwirtschaft zu halten.

Gerade diese Erfordernisse sind es gewesen, die Völkerbundskreise veranlaßt haben, das Bagnis zu unternehmen, noch einmal die wirtschaftliche Misere der Welt auf einer internationalen Konferenz zur Erörterung zu stellen. Es wird dieser Konferenz zugute kommen, daß nunmehr ein gut Teil von der aus den Jahren 1914 bis 1919 übernommenen Masse an Kriegsschulden und Siegerübermut liquidiert worden ist. Auch die Beteiligung Amerikas, das als Generalgläubiger Europas ein dringendes Interesse an der Überwindung der weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten besitzt, verleiht der Tagung erhöhte Bedeutung. Demgegenüber ist das wahrscheinliche Fernbleiben Russlands, das mit der Schweiz, dem Heimatlande der Konferenz, in politischen Differenzen lebt, äußerst zu bedauern. Denn tatsächlich kann der wirtschaftliche Wiederaufbau der Welt nur durch die Berücksichtigung aller wirtschaftlichen Faktoren, zu denen natürlich auch Rußland gehört, gefördert werden. Es ist natürlich schwer, im Voraus zu sagen, ob und welche Erfolge die Konferenz erzielen wird. Unter Berücksichtigung der ganzen internationalen Stimmung für Wirtschaftsfragen, wie sie z. B. aus den Arbeiten und aus der Einstellung der Internationalen Handelskommission in Paris hervorgeht, darf man jedoch zum mindesten wertvolle Beiträge zur Lösung der internationalen Wirtschaftsfragen erwarten.

Der Ausschuss, der in Genf zusammengetreten ist, wird sich in der Hauptphase mit der Aufstellung des endgültigen Programms für die Konferenz zu befassen haben. Es wird von den Staaten durch Vertreter der Regierungen sowie durch Vertrauensleute der Unternehmer und Arbeitnehmer besetzt werden. Für Deutschland nehmen Staatssekretär Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium sowie die Herren Abgeordneten Dr. Lammers vom Reichsverband der deutschen Industrie und Eggert als Vertrauensmann der Gewerkschaften an seinen Arbeiten teil. Aus der Zukunftserwartung ergibt sich schon, daß Fragen der staatlichen Handelspolitik, der privaten internationalen Wirtschafts-

vereinbarungen sowie der internationalen Sozialpolitik (Arbeitsrecht) auf der Tagesordnung zu finden sein werden. Naturgemäß werden die Vertreter Deutschlands im Verein mit den übrigen Schuldnationen dem endlichen Abschluß internationaler Handelsbeschränkungen, wie er aus dem internationalen Handelskommissioner vertreten wird, das Wort zu reden haben, denn nur von einer Beseitigung dieser Schranken darf eine solche Position der Schuldnerländer erwartet werden, wie sie für die Beseitigung von Zinsleistungen und Amortisationen erforderlich ist. Ferner werden sich die Gläubigerländer mit der Tatsache auseinandersetzen haben, daß der erwartete Eingang von Leistungen an ihre eigene Bereitwilligkeit, Exporte der Schuldnerländer aufzunehmen, nicht geringe Anforderungen stellt.

Deutschlands weltwirtschaftliches Programm

Genf, 27. April. In der Generaldebatte der Wirtschaftlichen Kommission, die am Dienstag vormittag fortgesetzt wurde, ergriß Staatssekretär Trendelenburg das Wort. Er wies darauf hin, daß die Welt sich in einem Krankheitszustand befinde, der seinen letzten Grund in der Überindustrialisierung habe. Es bestehe die Tatsache, daß die Industrie zu Preisen produziere, zu denen sie ihre Waren nicht absetzen könne. Daher sei eine Verständigung zwischen den einzelnen Staaten notwendig. Eine Erdröckelung gewisser Industriezweige sei nicht zu umgehen. Die Wirtschaft müsse rationalisiert werden. Was kann nun die Wirtschaftskommission in dieser Richtung tun? Es sei vor allem notwendig, daß sie sich für eine Einheitlichkeit des Weltmarktes ausspreche und zwar in derselben Form, wie der Weltmarkt sich vor dem Kriege herausgebildet habe. Hierzu sei es notwendig, daß die Industrie soviel als möglich produziere. Eine Erweiterung des Weltmarktes müsse sich nicht nur auf die Kolonien, sondern auch auf China, Indien und Rußland erstrecken. Wodurch sei die Einheitlichkeit des Weltmarktes am meisten bedroht? 1. Durch die Erschütterung der Währungen in zahlreichen Staaten, 2. durch die übermäßige nationale Industrialisierung, durch Zollschranken, durch Einwanderungsverbote, durch Ein- und Ausfuhrverbote, durch Ausfuhrbeschränkungen, Restrisalien usw., 3. durch übermäßigen Konkurrenzkampf zwischen den großen Nationen.

Was kann die Wirtschaftskommission nun tun, um hier Abhilfe zu schaffen? 1. Sie muß an die Feststellung der Währungs-schwierigkeiten herantreten, das gesamte Währungsproblem studieren und sich dabei an die Richtlinien der Brüsseler Konferenz halten. 2. Sie muß die Weltmeinung zum Ausdruck bringen und in den Zoll- und Handelsverträgen Ordnung schaffen. Bisher waren die Handelsbeziehungen erschwert durch die Tatsache, daß zwischen zahlreichen Ländern noch keine Handelsverträge vorhanden waren. Weiter muß die Kommission darauf hinarbeiten, daß nicht alle Länder alle Industrien haben müßten, sondern nur jedes Land die Industrie, die es braucht. Die Kommission müsse, um zu ihrem Ziel zu gelangen, zwei Vorschläge lösen: 1. Die Abänderung der Vielseitigkeit der allgemeinen internationalen Statistik und 2. die Abschaffung der Mannigfaltigkeit der Zolltarife. Auch würde eine weltwirtschaftliche Verständigung zwischen den einzelnen wichtigen Industrien der Welt von großem Nutzen sein. An diese Fragen müsse grundsätzlich herantreten werden. Trendelenburg schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß Einheitlichkeit Kraft gebe. Weiter nahm in der Debatte noch der italienische Finanzminister De Stefani und Rowell das Wort. Der englische Nationalökonom Dalton lenkte die Einsetzung von 3 Unterausschüssen zur Behandlung der Zollfrage, der Produktions- und der Arbeitsfrage ab.

Das Echo der Presse zum Berliner Vertrag

Da die Ratifikationsunterschriften des deutsch-russischen Vertrages ausgetauscht werden sollen, wird wohl der Vertrag in der Geschichte unter dem Namen Berliner Vertrag fortleben. Wenn das Vertragsdokument, das die einstimmige Zustimmung des Anwesenden Ausschusses des Reichstages gefunden hat, im Plenum des Reichstages zur Annahme vorgelegt werden wird, ist noch eine offene Frage. Befriedigend würde das Reichsparlament eine Einheitsfront der Parteien zeigen, wie bisher noch bei keiner Regierungsvorlage. Auch in keinem der Berliner Blätter von der „Deutschen Zeitung“ bis zur „Roten Fahne“ findet sich eine Ablehnung des Vertrages, wenn auch die deutsch-nationalen Zeitungen ihre Billigung mit der Einschränkung versehen, daß der Vertrag ein Festhalten an der von ihnen bekämpften Locarno- und Völkerbundspolitik bedeute.

Die Pariser Presse zum Berliner Vertrag

Das „Echo de Paris“ teilt mit: Der Vertrag hat in offiziellen diplomatischen Kreisen großes Aufsehen erregt, weil seine Bestimmungen weit über das Maß hinausgehen, was man hätte erwarten können. Außerdem wird von den Morgenblättern mitgeteilt, daß sofort zwischen Paris, London, Brüssel, Rom, Warschau, Prag und dem Sekretariat des Völkerbundes ein Kommunikationsaustausch einleitet werde.

„Zeit Pariser“ schreibt: Es müsse vor allem festgestellt werden, ob der Wortlaut des Vertrages und die in dem beigefügten Schreiben ausgedrückten Ideen nicht mit den Locarnoverträgen und mit den Artikeln 16 und 17 des Völkerbundsstatutes in Widerspruch ständen.

Der „Matin“ ist der Ansicht, daß, abgesehen von dem bedeutungsvollen Exempel der Unterzeichnung eines detaillierten Vertrages, der Text, so wie er offiziell ausgedrückt wurde, bestreitet sei. Die Alliierten und die kleine Entente würden sicherlich in Paris eine Demarche unternehmen, um eine deutliche und offizielle Erklärung Deutschlands zu erbitten. Es sei schließlich eine Frage, in den Völkerbund aufzunehmen, die von vornherein dem Völkerbund das Recht absprenge, über die Verantwortlichkeit in einem beschränkten Konflikt zu entscheiden.

Der „Quotidien“ meint, man brauche nur den Wortlaut des Vertrages zu lesen, um zu bezweifeln, daß Rußland allein seinen Vorteil dabei finde. Er erwecke den Eindruck einer Schranke, die man gegen die Maßnahmen errichten wolle, die der Völkerbund eines Tages gegen Rußland einleiten könnte.

Die tschechische Presse über den Berliner Vertrag

Prag, 27. April. Von den tschechischen Morgenblättern nehmen nur zwei zum deutsch-russischen Vertrag Stellung. Die „Tribuna“ erklärt, die Veröffentlichung des Vertrags habe die Besorgnisse, die vorher geäußert hätten, zerstreut. Der Vertrag sei weder mit Locarno, noch mit dem Völkerbund in Widerspruch. Man habe keinen Grund, an der Richtigkeit der offiziellen Kommentare aus Berlin zu zweifeln, da es keinerlei Geheimverträge gebe. Dann sei es aber auch sicher, daß der Vertrag nicht nur im Interesse der europäischen Konsolidierung gelegen sei, sondern daß er Rußland vielleicht den Westen und eventuell sogar Genf näher bringen könne. Die tschechisch-nationale „Korobnik-Přítel“ stellt den tschechischen aus Berlin einen Artikel der „Novosty“ entgegen, die den Vertrag als einen Akt auf Locarno bezeichnet. Diese russische Stimme bestätige, daß der Vertrag mit Deutschland die neue europäische Ordnung bedrohe.

Das amerikanische Echo

New York, 27. April. Hier wird vielfach die Auffassung vertreten, daß der Berliner Vertrag von einschneidender wirtschaftlicher Bedeutung sei und auch Amerika erheblich berühre. Die „World“ tritt entschieden der Ansicht entgegen, daß der deutsch-russische Vertrag die Locarnoverträge gefährden könne. Er könne im Gegenteil stark zur Bekräftigung Europas beitragen. Der Berliner Korrespondent der „New York Times“ weist darauf hin, daß der deutsch-russische Vertrag nichts weiter garantiere als die heilige enge Abstammung zwischen beiden Staaten in allen Fragen, die sie gemeinsam berühren.

Die Aufnahme des Berliner Vertrages in Moskau

Moskau, 27. April. Die hiesige Presse bringt heute in großer Aufmachung den Wortlaut des deutsch-russischen Vertrags. Die gesamte Presse würdigt den Vertrag als ein bedeutungsvolles Ereignis im Leben der Oststaaten und spricht die Zuversicht aus, daß er eine bessere Basis für den Frieden bilden werde, als die Verträge von Locarno und Genf. Es wird allgemein erklärt, Aufgabe der Sowjetdiplomatie müsse es jetzt sein, einen ständigen Vertrag auszuhandeln. Die Sowjetregierung gibt in der Presse der Zuversicht Ausdruck, daß dies der erste Schritt zur Stabilisierung der politischen Lage in Europa sei. Sie würde es begrüßen, wenn die übrigen Regierungen dem Beispiel Deutschlands folgen würden.

Italienische Pressestimmen

In einem Leitartikel sucht die „Tribuna“ die Unfähigkeit des Völkerbundes, die politischen Fragen zu lösen, darzutun. Der Vertrag gebe Deutschland eine größere Selbständigkeit und Rußland eine Verteidigung gegen die Völkerbundspolitik. „Mondo“ schreibt, daß diejenigen, welche die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund hintertrieben und dadurch den Abschluß dieses Abkommens ermöglicht hätten, eine schwere Schuld auf sich geladen hätten. — „Tevere“ findet, daß das bisher unsinnige und unmoralische europäische Gleichgewicht durch den Vertrag stark bedroht sei, ebenso das demokratische Verbrüderungsgesetz. Heute sei zum ersten Male eine Sprengmine unter das ungeheure Gebäude gelegt worden, das nach dem Kriege aufgerichtet worden sei. Der Zusammenbruch stehe bevor. Italien könne mit Ruhe zusehen und könne sich frei nach allen Richtungen hin bewegen. — „Avanti“ erinnert Frankreich daran, daß es durch die Aufstellung der polnischen Kandidatur für den Völkerbundrat die heutige Lage verschuldet habe. Ein großes Volk wie das deutsche, das zu den zivilisiertesten und zu den gebildetsten Völkern der Welt gehöre, habe einen solchen Angriff auf seine Ehre, wie er in Genf geschehen sei, nicht ruhig hinnehmen können. Sonderbar sei nur, daß alle diejenigen, die immer noch nicht genug Deutschland demütigen könnten, am lautesten schreien, wenn jetzt Deutschland Schutz und Hilfe im Osten gesucht habe.

Neues vom Tage

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages

Berlin, 27. April. Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages wurde am Dienstag die Beratung über die deutsch-russischen Vertragsverhandlungen zu Ende geführt. Die Aussprache diente in der Hauptsache der Erläuterung von Spezialfragen juristischer und politischer Natur, die sich aus dem deutsch-russischen Vertrag ergeben und zu denen Reichsaussenminister Dr. Stresemann mehrfach das Wort ergriff. Es folgte eine Aussprache über die Fragen, die mit der Völkerbundrat-Studienkommission im Zusammenhang stehen. Eine weitere Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, die sich mit der künftigen Entwicklung dieser Materie befassen soll, bleibt vorbehalten. Nunmehr wandte sich der Ausschuss dem dritten Punkt der Tagesordnung, der Entwaffnungsfrage, zu.

Telegrammwechsel zwischen Stresemann und Tschitscherin
 Berlin, 27. April. Reichsaussenminister Dr. Stresemann und der russische Volkskommissar Tschitscherin haben anlässlich der Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrags Telegramme ausgetauscht. In dem Telegramm Stresemanns gibt dieser der Zuersticht Ausdruck, daß der Berliner Vertrag seinem Zwecke gerecht wird, auf der durch den Kapallvertrag geschaffenen Grundlage freundschaftlichen und friedlichen Zusammenwirkens beider Völker an der Festigung des Friedens mitzuarbeiten. — In dem Telegramm Tschitscherins heißt es: Wir lassen den Vertrag auf als ein Werkzeug des Friedens, das zur Befestigung des Weltfriedens beitragen wird. Der Geist von Kapall lebt in diesem Vertrag weiter und übt seinen wohlthuenden Einfluss auf die allgemeine Lage aus.

Das französische Budget vom Senat angenommen
 Paris, 28. April. Der Senat hat das Budget für 1926 mit gewissen Abänderungen mit 274 gegen 7 Stimmen angenommen.

Herriot zum Vorsitzenden der Radikalen Partei gewählt
 Paris, 28. April. Der engere Vorstand der Radikalen Partei nahm einstimmig eine Entschließung an, in der Herriot ersucht wird, sowohl die Kammerpräsidentschaft als auch die Präsidentschaft der Radikalen Partei zu behalten.

Aussprache Mussolinis in Mailand
 Mailand, 27. April. Trotz eines schweren Gewitterregens hatten sich abends über 50 000 Faschisten zu Ehren Mussolinis auf dem Domplatz eingefunden. Mussolini dankte den Demonstranten und erklärte u. a.: Diese Zusammenkunft im Regen zeigt mir, daß ihr auch mit demselben Gleichmut im Gewehrfeuer stehen bleiben werdet. Mailand, das in der Vergangenheit Italiens die Lösungen des Faschismus gegeben hat, rüßt sich, um sie auch für die Zukunft zu geben. Mussolini schloß mit dem Ausruf: Schwarzhemden! Kugeln fliegen vorbei — und Mussolini bleibt! Diese Worte wurden mit maßloser Begeisterung von der Menge aufgenommen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 27. April.

Präsident Eddé eröffnet die erste Sitzung nach den Osterferien am 23. Uhr. Als Nachfolgerin des verstorbenen Abg. Fehrenbach (Ztr.) ist Frau Philipp-Karlsruhe in den Reichstag eingesetzt. Der preussische Innenminister und sozialdemokratische Abg. Severing wird wegen Krankheit sechs Wochen beurlaubt. Angenommen wird eine Veränderung der Reichsabgabenordnung, wonach die Bezirke der Landesfinanzämter endgültig bis zum 1. April 1928 abzugrenzen sind. Das Gesetz über die

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leonette v. Winterfeld, Copyright by Greiner & Co., Berlin W. 30. Nachdruck und Uebersetzungsrecht in fremde Sprachen vorbehalten.

30. Fortsetzung.

Arbeiten mochte er heute nicht mehr. Immer sah er Lies dunkel, welches Haar vor sich, vermischt mit den blonden Locken des Kleinen, der sich an sie schmiegte. Wie im Traum setzte er sich an den Flügel und begann zu spielen. Es war dunkel im Salon, nur von draußen warf die Straßenlaterne mattes Licht quer durchs Zimmer. Lies hatte gerade das Kind ins Bett gelegt, da hörte sie Knuts Spiel. Eine große Freude zog durch ihr Herz. Das hatte er so lange nicht getan. Und sie wußte, er war doch immer am glücklichsten, wenn er am Flügel saß. Wie nett für ihn, daß Römer heute abend mit einem Cello kommen wollte. Römer war ein junger Hauptmann, kürzlich erst nach Königsberg versetzt, den Knut irgendwo am dritten Ort kennengelernt hatte. Gemeinsames großes Musikinteresse hatte die beiden Männer schnell zusammengebracht, auch Lies fand den neuen Freund ihres Mannes sehr sympathisch. Der junge Offizier hatte darauf Besuch bei Rainers gemacht und war seitdem ein häufiger und gern gesehener Gast bei ihnen.

Voll und weich klang jetzt durch die geschlossene Tür die Klänge der Klaviere herüber vom Flügel. Lies kniete nieder am Bettschende ihres Kindes und faltete seine kleinen Hände, wie sie es alle Abende tat. Dabei flog ihre Seele herüber zu Knut. Und es kam ihr ein lieber, alter Vers in den Sinn:

Meine Seele ist All. Sie kehrt
 Von Gott zurück.
 Mein Herz hat nur einen Gedanken,
 Dich und dein Glück. —

Artikel 14.

Es war am ersten Adventsonntag. Der runde Ehrtisch hat Professor Rainer war lang ausgezogen für sechs Per-

prüfung und Beurlaubung der Fieberthermometer wird angenommen. Arbeitsminister Dr. Brauns leitete die Beratungen ein. Der vorliegende Entwurf wolle die Arbeitsgerichtsbarkeit allen Arbeitnehmern zugänglich machen und ihren Aufgabenkreis erweitern. Die Auffassung, daß die Arbeitsgerichtsbarkeit in den ordentlichen Gerichten aufgehen solle, sei von der Regierung aus grundsätzlichen und praktischen Erwägungen abgelehnt worden. Dabei werde aber nicht verkannt, daß das Arbeitsrecht schließlich mit dem allgemeinen Recht verwaehen müsse. Der Minister dankt den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten für ihre bisherige Tätigkeit und spricht die Erwartung aus, daß die Vorlage noch im Sommer erledigt werde.

Abg. Kuhlhäuser (Soz.) bezeichnet die Beratung der Vorlage als einen Meißel dafür, wie weit der Reichstag den Willen hat, die demokratische Republik mit sozialem Inhalt zu erfüllen. Das Arbeitsrecht müsse mehr als bisher den Wert des arbeitenden Menschen schützen.

Abg. Häfner (Dn.) befragt die Vorlage und schließt sich dem Dank an die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte an. Die Arbeitsgerichte sollten aber an die ordentliche Gerichtsbarkeit angeschlossen werden.

Abg. Gerig (Ztr.) stellt mit Befriedigung fest, daß das Nichttrauen, das sich heutzutage vielfach gegenüber den ordentlichen Gerichten zeige, vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten abgebaut werden soll.

Abg. Töbel (Dn.) erinnert daran, daß sein Fraktionsvorsitzender Dr. Heine als Justizminister bereits die ersten Grundlagen für das vorliegende Gesetz geschaffen habe. Auch die Arbeitsgerichte müßten unabhängige lebenslanglich amtsweise Richter haben. Eine Angleichung der Arbeitsgerichtsbarkeit aus der ordentlichen Gerichtsbarkeit sei gefährlich und entschieden zu befürworten.

Abg. Hübner (Komm.) bedauert die verspätete Einbringung der Vorlage.
 Abg. Kemmer (Dem.) erklärt, die Vorlage sei nur eine Etappe auf dem Wege der Ausgestaltung des Arbeitsrechtes. Ein gutes einheitliches Arbeitsrecht sei die beste Grundlage der Wirtschaft. Von einer Sondergerichtsbarkeit zum Schaden der allgemeinen Gerechtigkeit könne keine Rede sein. Die Vorlage wird dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Mittwoch 2 Uhr: Gesetzentwurf über die Fürsorgeerziehung, Durchgesetz.

Das Gemeindebestimmungsrecht im Haushaltsausschuss des Reichstages

Der Haushaltsausschuss des Reichstages beschäftigte sich mit dem kommenden Reichsgesetz gegen den Alkoholkonsum und mit der Stellung des Reiches zum Gemeindebestimmungsrecht. Seemann (Soz.) befragt, daß mit dem Gemeindebestimmungsrecht eine Trockenlegung Deutschlands beabsichtigt sei und legt einen von ihm formulierten Entwurf über das Gemeindebestimmungsrecht vor. Für die Mehrheit der deutschnationalen Fraktion sprach sich Schulz-Bronberg (Dn.) gegen das Gemeindebestimmungsrecht aus, während Dr. Rumm (Dn.) für starken und energischen Kampf gegen Alkoholkonsum und Trunksucht stimmte.

Aus Stadt und Land.

Mittwoch, den 28. April 1926.

— Lohnsenkererstattungen. Die Frist für die Einreichung der Anträge von Arbeitnehmern auf Erstattung der Lohnsenker aus dem Jahre 1925 läuft am 30. April 1926 ab. Erstattungs berechtigt ist nur, wer im Jahre 1925 einen Verdienstausfall durch Erwerbslosigkeit, Krankheit, Streik usw. von insgesamt mindestens zwei Wochen gehabt oder bei wem sonstige besondere wirtschaftliche Verhältnisse vorgelegen haben, die die Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt.

— Neue 50 Pfennig-Stücke. Das Reichsfinanzministerium hat mit dem von ihm herausgegebenen Hartgeld nicht viel Mühe gehabt. Die 1-Pfennigstücke werden kaum benutzt und füllen in Massen die Keller der Reichsbank. Die 1-Markstücke

haben teilweise eine so schlechte Legierung, daß sie nach kurzer Zeit des Gebrauches vollkommen schwarz und unansehnlich werden. Die neuherausgegebenen 5-Markstücke sind so beliebt, daß sie in großen Mengen unsinnigerweise gehandelt werden und dem Verkehr entzogen werden. Am schlimmsten aber steht es mit den 50-Pfennigstücken. Diese 50-Pfennigstücke sind von Anfang an in geradezu unheimlicher Menge gefälscht worden. Das 50-Pfennigstück ist nämlich in aller Eile so grob und einfach hergestellt worden, daß dadurch die Fälschungen sehr erleichtert werden. Man will nun die 50-Pfennigstücke durch Nickelgeld, das sorgfältiger geprägt ist, ersetzen. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll in nächster Zeit dem Reichstag zugehen.

— Fahrpreisermäßigung für die Jugendpflege. Von dem beim Würt. Kultministerium bestehenden Würt. Landesausschuss für Jugendpflege wird uns mitgeteilt, daß die Reichsbahnverwaltung die Geltungsdauer der für 1925 ausgesetzten Bescheinigungen zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung für die Jugendpflegervereine erneut und zwar bis auf weiteres verlängert hat, da die Arbeiten für die Ausfertigung der neuen Ausweisarten über die Anerkennung der Jugendpflegervereine durch die Landeszentralbehörden noch nicht im ganzen Reich durchgeführt sind. Der Zeitpunkt, zu dem die jetzigen gefahren Ausweisarten durch die neuen, auf hellblauen Postkarten hergestellten Ausweise ersetzt werden, steht noch nicht fest.

— Calw, 27. April. Die Bemühungen um Erbauung eines weiteren Beamtenwohnhauses für Staatsbeamte scheinen von Erfolg begleitet zu sein. Das Finanzministerium wird voraussichtlich die Mittel bereitstellen, wenn die Stadt den Bauplatz unentgeltlich abtritt und die Kosten für Gas- und Wasserleitung aufbringt. Der Gemeinderat hat sich bereit erklärt, auf die aufgestellten Bedingungen einzugehen. Das Gebäude kommt an die neue Altbürger Straße zu stehen und hat eine schöne Lage in der Vorstadt. Es soll zweieinhalbstöckig gebaut werden und Räumlichkeiten für vier Familien bieten. — Zum Schluß der Reichsgesundheitswoche fanden am Sonntag noch große turnerische und sportliche Veranstaltungen auf dem Brühl und in dem Badischen Hofe statt. Bei dem Turnverein trat eine Altersriege von 6 Mann auf im Gesamtalter von 386 Jahren. Der älteste ist 89, der jüngste 57 Jahre alt. Mit jugendlicher Elastizität traten diese Turner an und führten mit großer Gewandtheit stramme Hantelübungen vor. Die trefflichen Leistungen fanden stürmische Anerkennung. Zu der Altersriege gehört Verwaltungsakstur Staudenmeyer, der Gauvorsitzende des Nagoldgauturnbundes.

Calw, 27. April. (Frühjahrsfeier des Gesamtpräsidiums des Würt. Kriegerbundes.) Am Sonntag, 26. April, fand in Calw die Frühjahrsfeier des Gesamtpräsidiums des Würt. Kriegerbundes statt, zu der nicht nur fast sämtliche Mitglieder des Gesamtpräsidiums, sondern auch viele Mitglieder des Bundes aus dem ganzen Lande erschienen waren. Der Bundespräsident, Generalleutnant a. D. v. Raur, richtete herzliche Worte der Begrüßung an die Erschienenen; besonderen Willkommenswort erbot er Oberamtmann Rittmann und Stadtschultheiß Schner. Er warf einen kurzen Rückblick auf die Tätigkeit des Bundes seit der letzten Sitzung und gedachte der zur großen Arme abberufenen Kameraden, namentlich des Ehrenmitgliedes des Bundes, Dr. Karl Frhr. v. Weisäcker, Staatsminister und Ministerpräsident a. D. Den Geschäftsbericht für 1925 erstattete Major a. D. Bürger, der mit großer Befriedigung feststellte, daß das vergangene Jahr für das deutsche Kriegervereinswesen im ganzen, wie für den Würt. Kriegerbund im besonderen günstig gewesen ist und zu schönen Hoffnungen für die Zukunft berechtigt. Im ganzen Reich hat sich ein erfreuliches Wiedererwachen des Kriegervereinsgedankens bemerkbar gemacht, das nicht nur in der Zunahme von Mitgliedern zum Ausdruck kam, sondern auch in dem allseitigen Bestreben zu erster Mitarbeit an den vaterländischen, sozialen und kameradschaftlichen Aufgaben der Kriegervereine. Der Würt. Kriegerbund hat 1925 nach Abzug der Verluste um rund 8000 Mitglieder zugenommen.

sonen. In der Mitte auf dem Tisch brannte im Schmelzfeuer dinstenden Wachstüchchen der kleine Tannenbaum, der seinen ersten Advent in Lies Hause fehen durfte. Tannengrün und Kametta lagen auf dem schneeweißen Tischschut. Zwei große Teller mit Lebkuchen und Pfefferwürsten stierten die Tafel. Am summenben Teetisch hantierte Ellen, rotig und frisch, vor wenigen Tagen erst aus Rilmers angekommen. Ernst Rainer und Gisela waren auch da, ebenso der junge Römer. Man feierte dankbar und gemächlich im stillen Familienkreis den ersten Advent, am Abend sollte noch musiziert werden. Die Klein-Willi juchzte über die Richter am Baumchen! Wie schon eine weiche, stille Vorweihnachtsstimmung über allen lag.

„Wie arbeits und heimatisch einen diese Sitten doch anmutet,“ sagte Römer zu Ellen, die neben ihm saß, „ich bin in meiner Jugend im Ausland erzogen, da habe ich so etwas nie gefannt.“

Ellen nickte.
 „Und gerade diese Vorfreude ist ja noch schöner als das Fest selber. All diese kleinen Heimlichkeiten, Arbeiten und Uebererledigungen für seine Lieben machen die Adventszeit so unendlich süß und geheimnisvoll.“

Der junge Offizier sah nachdenklich in die flackernden Lichter.
 „Ich habe so etwas nie gefannt, denn ich habe keinerlei Angehörige mehr, bis auf einen Bruder, der in Braxanten ist.“

Wir leicht zusammengedrängten, tief verschleierten Augen sah Gisela, die gegenüber saß, zu den beiden herüber. Wie leiser Spott lag es um ihre Lippen.

„Sie lächeln mir Anlage zur Sentimentalität zu haben, Herr Römer. Etwas Seltenes heutzutage. Nehm ein Ueberdiesbeispiel aus der Zeit der apfelgrünen Fräule und Keisfräule.“

Römer lachte.
 „Es gibt Augenblicke und Situationen, gnädige Frau, die einen mit machen — vorübergehend — weil sie einem zeitig, wie viel einem doch eigentlich fehlt; — das braucht aber darum noch lange nicht Sentimentalität zu sein. Sie hat es übrigens auch zu jeder Zeit gegeben. Nicht bloß die apfelgrünen Fräule und Keisfräule

wußten davon ein Liedchen zu singen, auch schon Paderjopf und Rosofa, Eisenharnisch und Nonnenkleid.“

„Donnerwetter, sind Sie aber gleich poetisch, Römer! Knut sah lachend zu ihm herüber.
 „Woh! gar ein verborgener Dichter?“

„I Gott bewahre!“
 Römers häßliches, offenes Gesicht wandte sich der Hausfrau zu.

„Aber soll man da nicht einfach poetisch werden, wenn man so mitten in ein deutsches Familienfest kommt? Und noch dazu dieser Kontrast: Gestern um diese Zeit Besichtigung und heute Adventsbaum.“

Lies nickte ihm freundlich quer über den Tisch herüber zu.
 „Es freut mich ja so, Herr Römer, wenn es Ihnen bei uns gefällt. Ellen, willst du nicht noch einmal Tee einschenken?“

„Ja, dann aber zur Rusil!“ drängte Knut. „Römer, Sie haben meine Schwägerin Ellen noch gar nicht Geige spielen hören. Sie werden sich freuen.“

Ellen errötete leicht über das Lob ihres gestrengen Schwagers. „Nehm ihm nur nicht zu viel vor, Knut, nachher ist er enttäuscht.“

Der junge Doktor war der einzige, der Schweigjam war und nicht viel sagte.
 Als die Richter am Adventsbaumchen niedergebrannt waren, gingen sie in den Salon, wo schon Römers Cello am Flügel lehnte.

Sie musizierten lange. So lange, daß Gisela ungeduldig wurde. Lies sah glücklich mit einer Weihnachtsarbeit; sie hätte stundenlang zuhören mögen.

In einem maitilla Kleide sah Gisela zurückgekehrt im Schauersstuhl und rauchte. Ihr Mann stand am Fenster, den kleinen Will auf dem Arm.

In einer Pause während des Spieles trat Römer zu Ellen, die vor dem roten Klotz kniete, ein Buch suchend.
 „Ich wußte nicht, daß Sie so spielen, gnädige Fräulein — ich danke Ihnen. Ihr Schwager hatte...“
 „Wie ein fehl an Ihrem Spiel.“
 „Sie! Ich ihn freudig an“

(Fortsetzung folgt.)



men, so daß nunmehr 140 000 alte Soldaten, darunter etwa 80 000 Frontkämpfer in 1647 Vereinen unter seinen Fahnen vereinigt sind. Doch der Württ. Kriegerbund keine vornehmliche Aufgabe in der Unterstützung kranker und hilfbedürftiger Kameraden und deren Witwen und Waisen erblickt, beweist die Tatsache, daß er im vergangenen Jahre nicht weniger als 68 000 Mark verausgabt hat, während die beiden Kriegserholungsheime in Herrenald und Bad Niedernau, die von 241 Kameraden besucht waren, einen Aufschuß von rund 19 000 Mark erforderten. Für 1928 sind nahezu 100 000 Mark für Unterhaltungen und Wohlfahrtszwecke vorgezogen. Insbesondere ist beabsichtigt, eine weit größere Anzahl Kriegsteilnehmer kostenfrei in die Kriegserholungsheime aufzunehmen, als es bisher der Fall sein konnte. Auf dem Gebiete der Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Altveteranen und Altrentner hat sich der Bund dieser hohen Aufgabe mit besonderem Eifer und bestem Erfolg unterzogen. Im letzten Vierteljahre gingen durch Vermittlung des Württ. Kriegerbundes 131 Berufungsfällen an das Versorgungsgericht in Stuttgart und von den 19 Fällen, die bis jetzt zur Verhandlung kamen, wurden 12 zu Gunsten der Kläger entschieden. Als Vorarbeit für den am 29. und 30. Mai 1928 in Ulm stattfindenden 27. Bundestag wurde die Ernennung eines Ehrenpräsidenten und eines Ehrenmitglieds des Bundes, sowie die Einreichung von Wahlvorschlüssen für das Bundespräsidium behandelt und jedweden der von einem Bezirk gemachte Vorschlag einer etwaigen Verbindung der Württ. Kriegserholung mit einer Sterbefällenversicherung eingehend besprochen. Der Vorschlag fand jedoch keine Zustimmung und wurde einstimmig abgelehnt. Des ferneren wurde die Schaffung von Schließpreisen für den Kleinmetalbergsport beschloffen. Der Vorschlag des geschäftsführenden Präsidiums, an maßgebender Stelle zu beantragen, für Württemberg einen Volkskammertag im Spätherbst zu bestimmen, falls nicht die Schaffung eines solchen im ganzen Deutschen Reich gelingen sollte, wurde einstimmig gutgeheißen. Das 50jährige Jubiläum des Württ. Kriegerbundes, der am 2. April 1877 gegründet worden ist, soll im nächsten Jahre in feierlicher Weise in Stuttgart begangen werden. Eine lebhafte und lange Aussprache rief der Antrag einiger Bezirkskriegerbundgruppen hervor, der dahin geht, die ungedienten, außerordentlichen Bundesmitglieder nach einer Bewährungsfrist und nach Zurücklegung eines bestimmten Lebensalters in die ordentliche Bundesmitgliedschaft zu überführen. Eine einstimmige Entscheidung dieser wichtigen und grundlegenden Frage wurde noch nicht getroffen, dagegen beschloffen, sie durch eingehende Beratungen noch weiterhin zu klären. Nach Besprechung von weiteren Angelegenheiten schloß der Bundespräsident die Sitzung mit einer kurzen, aber inhaltreichen Rede. — Der Empfang der Mitglieder des Gesamtpräsidiums leitens der Kameraden in Calw war überaus herzlich. An dem Bahnhof fanden unter dem Bezirksobmann, Kamerad Kühle, und dem stellv. Bezirksobmann, Kamerad Wagner der Veteranenverein und der Veteranen- und Militärverein mit Fahnen und Spielleuten in Paradeaufstellung und gaben den Gästen das Geleit in das Vernehmungslokal. Nach der Sitzung vereinigte ein einfaches gemeinschaftliches Mittagessen im Waldhorn die Kameraden, an das sich in der Brauereitriebe ein sehr gut besuchtes, gemüthliches Zusammenkunft angeschlossen. Die Begrüßung des Bundespräsidenten durch die Jugendgruppe des Bezirkskriegerbundes Calw bildete eine anziehende Epilode des Nachmittags und als der Abendzug die Präsidiumsmitglieder ihrer Heimat zuführte, waren sich diese einig, daß die Calwer Kameraden unter Führung ihres vorrätlichen Bezirksobmanns, Kamerad Direktor Kühle, ihren alten guten Ruf erneut auf das beste bewährt haben.

Unterjettingen, 26. April. (Schlägerei.) Wegen einer geringfügigen Sache kam es am Sonntag hier zu einer Schlägerei, wobei dem aus Saarbrücken stammenden und 3. Jt. bei Mechaniker Schweille, Nagold, beschäftigten Ludwig Harz der Fuß abgeschlagen wurde.

Unterreichenbach, 26. April. Infolge Zuruheziehung des leitherigen Gemeindepflegers wurde eine Neuwahl notwendig. Es hatten sich neben 2 norddeutschen Herren (ein Kriegsbeschädigter und ein Militärwärter) nicht weniger als 14 Bewerber gemeldet. Auch ein Zeichen unserer wirtschaftlichen Notlage. — Am Samstag wurde vom Gemeinderat mit 6 Stimmen Gemeinderat Gottlob Schwarz zum neuen Gemeindepflegern gewählt.

Serrenberg, 27. April. (Tödtlich verunglückt.) Am Sonntag wurde hier der 29 Jahre alte Ingenieur Fritz Ruch, Sohn des Oberlehrers in Remmingenheim, beerdigt. Vor acht Tagen hatte er mit seinem Direktor, der ein neues Auto einfahren wollte, eine Dienstreise zu machen. Durch zu rasches Fahren fuhr der Direktor 30 Kilometer vor Königsberg auf einen Steinhaufen, wobei das Auto umschlug. Ruch erlitt einen Schädelbruch, an dem er kurze Zeit darauf starb. Auch der Direktor wurde tödlich verletzt.

Wip, 28. Balingen, 27. April. (Schadenfeuer.) In der Wohnstube des Bauern Hermann Beck hier ist durch Aufhängen von Wäschebüden in der Nähe des Ofens Feuer ausgebrochen, das in der geöffnen Holztafelung der Wände und Decke des Zimmers reichliche Nahrung fand, sodaß sämtliches in der betreffenden Stube befindliche Mobiliar und die gesamte Holzverkleidung verbrannt. Der im Nebenzimmer schlafende fränkische Vater konnte infolge der starken Rauchentwicklung nur durchs Fenster gerettet werden.

Gmünd, 27. April. (Hindenburg-Büste für die Staatsgalerie.) Jakob Wiltz, Fehrlé hat die für die württ. Staatsgalerie bestimmte Hindenburg-Büste in der letzten Woche in Berlin fertiggestellt. Das Werk war mit wenigen Sitzungen vollbracht. Auch eine bei dieser Gelegenheit modellierte Büste des Generals Gröner ist gut gelungen. Der Guß beider Büsten soll bei der Firma Eckhard und Söhne erfolgen.

Serberdingen, 28. Saugau, 27. April. (Ueberfahren.) Am Sonntag wurde der 47 Jahre alte verheiratete Landwirt Johann Georg Bud auf der Ortsstraße von einem Auto überfahren und getödtet.

Josied 28. Besigheim, 27. April. (Tragischer Unglücksfall.) Zwischen hier und Fein ist ein Gipsler namens Schäfer ums Leben gekommen. Der Bedauernswerte befand sich auf einem Wagen, von dem er herunterfiel. Der Anhängerwagen ging über den Abgehürzten, der bald darauf starb.

Bopfingen, 27. April. (Ueberfahren.) — Schadenfeuer.) Ein jähriges Mädchen wurde auf der Hauptstraße hier von einem Motorradfahrer aus Kalen überfahren, weil es nicht aus dem Wege ging. Auch der Fahrer kam zu Fall und trug Verletzungen davon. Ein anderes Kind wurde von einem Radfahrer überfahren.

Die Reform der württ. Bezirksverwaltung

Zur Frage der Reform der württ. Bezirksverwaltung nicht das „Deutsche Volksblatt“ einem Artikel Raum, dessen Inhalt sich offensichtlich mit dem Pläne des Ministers des Innern deckt. Der Artikel wendet sich zunächst gegen den Vorschlag, die alten Oberamtsbezirke wieder zu stellen, aber die mit ihnen verbundenen Amtsvorständen zu je 2 bis 5 in größere Amtsvorstände zu verschmelzen und bezeichnet dann als Ziel die Schaffung neuer Ämter, aber immer noch über je 2 und lenkbare Bezirke und Amtsvorstände, die in ihrer Zusammensetzung nach Möglichkeit keine zu großen Unterschiede der wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnisse aufweist. Nach sachverständigem Urteil läme so die Errichtung von etwa 30—34 Bezirken zunächst in Betracht. Jedes dieser Oberämter würde 65—68 Gemeinden mit einer Bevölkerungszahl zwischen 75 000 und 80 000 Einwohnern umfassen. Ob später das eine oder andere Oberamt noch eingesparrt dieser oder jener Grenzbezirk mit dem Kreisoberamt vereinigt werden könnte, müßte erst die Erfahrung lehren. Offenbar geben auch die Pläne der innervon Verwaltung in dieser Richtung. Sie scheinen uns bei allen Vorbehalten, die man im einzelnen machen mag, doch auf guten Grundlagen zu beruhen und viele Vorteile zu bieten. Ein Oberamtspräsident wäre in der Lage, seinen Bezirk nach wie vor zu übersehen. Bei der Verwaltung des Innern könnten 850 000 bis 1 Million Mark erspart werden, was dann noch die Einsparungen bei der Zustärkung und den Amtsvorständen können. Den größten Nutzen dieser Neuverteilung bekämen die Amtsvorstände.

Evangelischer Landeskirchenrat

Stuttgart, 26. April. Zur Beratung der kirchlichen Haushaltspläne für 1928 und 1927 trat am Montag der Evangelische Landeskirchenrat unter der Leitung seines Präsidenten, Generalstaatsanwalt Höfer zu einer einwöchigen Tagung zusammen. Aus dem Hochschulgoloch seinen ständigen Ausschusses ergab sich, daß zufolge Mehrertrags der Landeskirchensteuer im Jahre 1921 die dringende nötigen Baudenken für bedürftige Gemeinden um 200 000 Mk. erhöht und für die Schaffung eines Grundbuchs zu dem unerlässlichen Betriebskapital 500 000 Mk. bestimmt werden könnten; dieses wurde vom Landeskirchenrat beauftragt. Kirchenpräsident Dr. Dr. v. Reza dankte allen Kirchenversammlungen und ihren Einwohnern für die Unterstützung der kirchlichen Angelegenheiten und allen Kirchengemeinden, die die öffentliche soziale Fürsorge in treuer Kleinarbeit an den vielen Kollektanden ergänzen. Der Hauskirchenrat jede die Neuerrichtung von nur vier Pfarrstellen vor, so ungenügend wachsende Industriestädten und Siedlungen noch versorgt seien. Sorge machte bei der ungenügenden Zahl der Geisteslichen die Erstellung ausreichender Religionsunterrichts und die Abnahme der Theologiestudenten. Oberkirchenrat Dr. Schuffler berichtete, daß die Haushaltspläne eine Senkung des Tarifs der Landeskirchensteuer, zugleich aber auch trotz großer Sparfahigkeit einen Abmangel von je 428 000 Mk. vorsehen. Der Vorwurf, die Kirche sammle durch übermäßige Steuererhebung Schätze auf, sei durch diese Haushaltspläne vollständig widerlegt. Da die Reichssteuererhebung noch nicht erfolgt und die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht voraussagen sei, lasse sich der Ertrag der Landeskirchensteuer nicht zuverlässig schätzen. Von einer Verringerung des Steuermaßstabs habe man absehen und wolle alles tun, um die Steuerpflicht möglichst zu erleichtern, etc.

Um das Gemeindebestimmungsrecht.

Aus unserem Leserkreis geht uns folgende Zuschrift zu: Es ist notwendig, einige Behauptungen in dem kürzlich der Zeitung beiliegenden Flugblatt des Landesverbandes der Wirte Württembergs über das Gemeindebestimmungsrecht zurückzuweisen bzw. zu berichtigen, zumal sie in dem Artikel des Wirtsvereins in Nr. 94 des Tannenblattes teilweise wiederholt wurden.

Es ist bei den Gegnern des GBK nachgerade zum Schlagwort geworden, von einer „kleinen Gruppe Fanatiker“ zu reden, die GBK wollen. Die Unterschriftensammlung wird heftigst zeigen, daß diese Gruppe zahlenmäßig recht groß ist, aber vor allem ist zu sagen, daß das GBK von denen erstrebt wird, die mit blutendem Herzen sehen, was der Mißbrauch des Alkohols für Elend in unserem Volk anrichtet: Verarmung, Streit in den Familien, Vermehrung ganz bestimmter Verbrechen, ganz zu schweigen von der gesundheitlichen Schädigung unzähliger. Die Aerzte der Nervenheil- und Irrenanstalten können da mit erschütternden Zahlen aufwarten. Das GBK soll nun die Handhabe bieten, diesem Elend wenigstens ein klein wenig abzuhelfen, in dem künftig eine Gemeinde 3 V. von sich aus die Polizeistunde vorverlegen kann oder auch den Kleinhandel des besonders verhängnisvollen Schnapses einschränken kann. Wir leben doch angeblich in einem demokratischen Staat; sobald aber hier der Gemeinde in wahrhaft demokratischer Weise ein Recht eingeräumt werden soll, erhebt sich erregter Widerspruch. Es sind keine „Fanatiker“, die das GBK wollen. Selbstverständlich wünschen es die abstinenten Kreise, aber außer diesen noch viele, viele andere, die gegen einen maßigen Alkoholgenuß nichts einzuwenden haben. Von „Bedornmündung“ — das ist auch wieder so ein Schlagwort — kann gar keine Rede sein: es hat jeder das volle Recht der Meinungsäußerung, und die Frage soll in allem Ernst und in aller Sachlichkeit vom Reichstag verhandelt werden.

Weiter wird häufig versucht, dem deutschen Volk mit der „Trodenlegung“ gruselig zu machen. Man kann über ihre Nützlichkeit verschiedener Ansicht sein — viele Berichte aus Amerika lauten völlig anders und viel günstiger als die vom Alkoholkapital mit guter Absicht in der Presse veröffentlichten — aber wie die Dinge liegen, sind es verchiedentlich wenige, die eine Trodenlegung Deutschlands wünschen. Der Kampf geht tatsächlich nur um das GBK. Hinter die Worte des Flugblattes „Die Gastwirte in ihrer Gesamtheit sind Gegner von jedem Alkoholimißbrauch“ sei erlaubt, ein Fragezeichen zu setzen. Wir sind sehr wenige Wirte in unserer Gegend bekannt, die den Nut haben, einem Angetrunkenen weitere alkoholische Getränke zu verweigern.

Abschließend sei gesagt: Die Einführung eines GBK ist nicht eine unwürdige Zumutung für das deutsche Volk, wie das Flugblatt der Wirte behauptet, sondern es wird allerhöchste Zeit, daß das deutsche Volk aufwache und den Kampf mit dem Alkoholimißbrauch tatkräftig aufnimmt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Italienischer Beruhigungsversuch in Ungarn. Der italienische Botschafter suchte den türkischen Außenminister auf und erklärte ihm, Italien habe nach wie vor die freundschaftlichen Gefühle für die Türkei. Die Befürchtungen, die in der Presse geäußert worden seien, träfen nicht zu.

Ein neuer Oberhauptling in Syrien. Oberkommissar De Jouvenel hat Damad Ahmed zum Oberhauptling von Syrien ernannt. Dieser soll solange im Amte bleiben, bis das syrische Parlament gewählt und zusammengetreten ist.

Der erste drahtlose Sches ist kürzlich von dem Vorsitzenden einer amerikanischen Kundheitsgesellschaft von London nach New York übermittelt worden. Er wurde durch das Verleihen der drahtlosen Bildtelegraphie übertragen und von einer amerikanischen Bank dem Empfänger ausbezahlt. Er lautete über 1000 Dollars.

Strenge Sonntagsruhe in England. Die „Gesellschaft für die Heilhaltung des Sonntags“ in London hat den britischen Botschafter um seine Ansicht darüber befragt, ob die Theater und Konzertsäle am Sonntag in Zukunft geschlossen werden sollen. Der Botschafter hat sich dieser Mahnung mit der Begründung widersetzt, daß die Schauspieler und Schauspielerinnen nur diesen einen Tag zur völligen Erholung frei hätten, der ihnen auch erhalten bleiben müßte.

Prognose an Mussolini. Der Duce hat sich in Tripolis von einem dortigen berühmten Kabirger, dem Kraber Rasch I, für die Zukunft prognostizieren lassen. Er bekam die glücklichsten Dinge zu hören. Nach dieser Wahltagung soll Mussolini, der jetzt 42 Jahre alt ist, noch weitere 56 Jahre leben, während dessen sein Ansehen und sein Glück zu einer noch nie erreichten Höhe ansteigen würden. — Hat er etwas anderes erwartet?

Die neuzeitliche Präsidentschaft. Aus New York wird gemeldet, daß die Tochter des mexikanischen Präsidenten, Ernestina Calles, trotz im Motorwagen ihres Vaters in New York ein Automobil trägt, das fast vollständig hypermoderne Parisier Kollektionen enthält: ein Remoto für den Fortschritt europäischer Automobilisation in Mexiko.

Berichtsal

Kindstötung

Koblenz, 26. April. Montag begannen die Schwurgerichtssitzungen, die drei Tage dauern werden. Als erster Fall kam zur Verhandlung die Strafsache gegen die ledige Dienstmagd Frida Metke von Loffenau (GA, Neuenhütte), die ihr zweites uneheliches Kind gleich nach der Geburt mit Vorbehalt und Ueberlegung durch Würgen am Hals planmäßig ums Leben brachte und dafür wegen Kindstötung ohne Annahme mildernder Umstände fünf Jahre Zuchthaus erhielt. Wegen Beihilfe zur Kindstötung erhielt die ledige Dienstmagd Emilie Fischer, ebenfalls von Loffenau, unter Annahme mildernder Umstände eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten. Beiden Verurteilten wird die Unterjuchungsfrist von drei Monaten angedreht.

Sühne für eine bestialische Tat

Kottbus, 26. April. Vor dem hiesigen Schwurgericht wurde gegen den früheren Deiser der Mädchenmittelschule, Richard Köppling aus Kottbus, verhandelt, der am 9. Januar die 14jährige Schülerin Kuschke in den Kohlenraum gelockt, sie dort zu verewaltigen versucht hatte und als sie strie, würgte, und als er sie für tot hielt, in den angeheizten Ofen geworfen hatte. Der Angeklagte, dem außerdem noch andere Sittlichkeitsverbrechen nachgewiesen wurden, wurde wegen versuchten Totschlags in Tateinheit mit fabriklächer Tötung zu einer Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Sandel und Verkehr.

Warenpreise

Berliner Prädienbörse vom 27. April. Weizen märz. 200—205; Roggen märz. 175—178; Gerste 195—210; Hafer märz. 195—202; Weizenmehl 37.50—38.75; Roggenmehl 35.50—36.75; Seelmehl 11.25; Kroggenmehl 12—12.25; Hartweizenmehl 31—32; L. Seelmehl 24—25; Futtererbsen 22—23; Zandens; behandelt.
Frankfurter Getreidemittelmarkt vom 27. April. Weizen 30—30.50; Roggen 28; Sommergerste 22.75—23.75; Hafer 20.75—21; Weizen 15.5 bis 17; Weizenmehl 42.50—42.75; Roggenmehl 39—39.5; Seelmehl 30 bis 30.50; Roggenmehl 11.25—11.50. Tendenz: ruhig.
Frankfurt, 27. April. Getreidemittelmarkt vom 27. April. Weizen 2.20 bis 2.50 J. — Roggen 1.50—1.70; Hafer 2.20—2.30; Mais 1.80—1.90; Weizen 1.20—1.30; Dinkel 2.30—2.40; Gerste 2.50—2.60; Hafer 2.30 bis 2.50; Klebweizen 2.5—2.6 J. — Weizen 1.60—1.70, Weizen 1.50—1.60, Roggen 1.50, Gerste 2—2.10, Hafer 1.50, Weizen 1.4—1.5 J. der Sommer.
Härkte
Ulmer Schlachtviehmarkt vom 27. April. Zugeschrieben waren 41 Ochsen, 24 Kühe, 290 Jungkälber, 267 Jungschinder, 108 Fähe, 328 Kälber, 1029 Schweine, 4 Schafe und 1 Ziege; außerfaufst läden 40 Jungrinder. Es notieren der 50 Rgr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 45 bis 49, 2. 35—44; Kühe 1. 45—48, 2. 38—42; Jungrinder 1. 50—52, 2. 42—48, 3. 37—41; Fähe 1. 38—40, 2. 28—31, 3. 28—37; Kälber 1. 34 bis 36, 2. 24—32, 3. 18—21; Weibemasthähe 30—34; Schweine von 200 bis 250 Pfund 75—77, von 200—240 Pfund 76—77, von 100—200 Pfund 75; Säuen 65—66. Verkauf: mäßig belebt.
Schwärzfelder Schlachtviehmarkt vom 27. April. Es wurden angeschafft: 1 Ochse, 1 Kuh, 64 Jungkinder, 10 Fähe, 64 Kälber, 120 Schweine; verkauft läden 1 Kuh, 6 Jungrinder, 1 Kuh, 10 Schweine. Größe und je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen 50, Jungrinder 1. 61—62, 2. 50—55; Fähe 1. 30—32, 2. 28—30, Kälber 1. 28—30, 2. 25—28; Schweine 1. 74—76, 2. 68—72. Verkauf: langsam.
Frankfurter Schlachtviehmarkt vom 26. April. Zugeschickt waren 40 C. Ochsen, 45—58, 90 Kälber 40—50, 22 Fähe 25—30, 101 Kälber 43 bis 58, 24 Kälber 70—80, 552 Schweine 74—82. Beste Qualität wurde nicht Notiz bezahlt. Tendenz: ruhig.
Frankfurter Rohschafmarkt vom 27. April. Bei hiesiger Zuteilung wurden 50—60 J. Smeral 20—25 J. Moharber 2—10 J der Rohschaf, Leichte 15—25 J das Stück, Monatsweise Milchschaf 12—20 J, Milchschaf 10—12 J, Springlamm 15—25 J das Stück. Gesamtzahl Tiere noch 1,20—1,40 J das Stück.

Hofheimer Schlachtviehmarkt vom 26. April 1928. Aufgetrieben waren 288 Tiere und zwar 10 Ochsen, 14 Kühe, 33 Kälber, 3 Färren, 4 Kälber, eine Ziege, 223 Schweine. Ueberstand 3 Stück Großvieh, 6 Schweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 49—52, Kinder 1. 62—65, Ochsen und Kinder 2. 45—47, Kühe 25—35, Färren 45—50, Kälber ohne Notiz, Schweine 75—80. Beste Tiere über Notiz.

Konkurse

Hermann Jahn, Kaufmann in Untertürkheim, Alleinhaber der Firma Otto Say u. Co., elektrotechn. Artikel in Stuttgart und der Firma Deutsche Präzisionsbrillenfabrik Hermann Jahn in Stuttgart. Die Geschäftsaufsicht wurde aufgehoben.
Friedrich Schür, Kaufmann in Affaltrach und dessen Ehefrau Christine Schür.

Geschäftsaufsichten

Reinhold Baumann, Drahtwarenfabrik in Winterlingen
Paula Krapp, Inhaberin eines Kurz-, Weiß- und Wollewaren-Geschäfts in Untertürkheim
Wilhelm Jung, Möbelfabrik in Juffenhäusen.



Letzte Nachrichten.

Schwerer Gewittersturm über Warschau

Warschau, 27. April. Ueber dem im Westen von Warschau gelegenen Teile von Skiernice ging gestern ein starkes Gewitter nieder, begleitet von einem heftigen Sturm, der großen Schaden anrichtete. Zahlreiche Bauernhäuser und Scheunen wurden schwer beschädigt. Die Telegraphen- und Telephonverbindungen mit Warschau sind von diesem Distrikt her gestört.

Schweres Flugzeugunglück in Polen

Warschau, 27. April. Heute mittag ereignete sich hier anlässlich des Begräbnisses eines polnischen Fliegerobersten, der vor einigen Tagen bei einer Notlandung tödlich verunglückte, ein eigenartiges Fliegerunglück. Als drei Heeresflugzeuge, die dem Obersten die letzte Ehre erweisen wollten, in einer Höhe von ungefähr 500 Metern in Keilformation die Trauerstätte überfliegen wollten, stieß das mittlere Flugzeug mit seiner Tragfläche an das rechtsfliegende Flugzeug und brachte dieses zum Absturz. Der Führer dieses Flugzeuges war sofort tot, der Beobachter wurde tödlich verletzt. Durch den Zusammenstoß kam auch das mittlere Flugzeug ins Schwanken und stieß mit dem linksfliegenden Flugzeug zusammen, wodurch dessen Beobachter

herausgeschleudert und in einem Garten tot aufgefunden wurde. Die beiden Flugzeuge konnten, obwohl sie schwer beschädigt waren, notlanden.

Die Friedens-Verhandlungen in Udжда

Paris, 27. April. Der Sonderberichterstatter der Haas-Agentur in Udжда meldet: Heute vormittag 9 Uhr haben die offiziellen Verhandlungen zwischen der französischen und der spanischen Delegation mit den 3 Risortrettern begonnen. Eine neue Besprechung findet heute nachmittag um 4 Uhr statt.

Im Anschluß an die erste Besprechung berichtet der Haasvertreter, daß der Standpunkt der Delegationen, wie es für den Beginn einer Verhandlung ganz natürlich sei, noch weit von einander entfernt sei, ohne daß schon jetzt unüberwindliche Schwierigkeiten festgestellt werden könnten. Die Konferenzteilnehmer lehnten jede Äußerung ab.

Ein Rotorsschiff der Reichsmarine

Berlin, 28. April. Nach einer Meldung der „Germania“ läuft am heutigen Mittwoch auf der Bremer Weserwerft die „Barbara“, ein für Rotoren- und Rotorenbetrieb eingerichtetes Versuchsschiff vom Stapel.

Ausstand der Eisenbahnarbeiter in Saarbrücken

Berlin, 28. April. Wie der „Lokalanzeiger“ meldet, traten gestern sämtliche Arbeiter der Eisenbahnhauptwert-

stätte in Saarbrücken, mehrere Tausend Mann, wegen Lohnbifferenzen in den Ausstand. Verhandlungen mit der Direktion führten zu keinem Ergebnis.

Die Kohlenkrise in England

London, 28. April. Die gemeinsame Konferenz der Bergarbeiter und Grubenbesitzer unter dem Vorsitz Baldwins dauerte über eine Stunde. Wie verlautet, wird die Lage in Gewerkschaftskreisen als gebessert angesehen. Man glaubt, daß die Grubenbesitzer zur Eröffnung eines Übereinkommens auf nationaler Grundlage bereit sind, falls die Bergarbeiterzufuhr nicht länger stark an dem Prinzip „keine Verminderung der Löhne und keine Vermehrung der Arbeitsstunden“ festhält.

Explosion in einer Pulverfabrik

Graz, 28. April. In der Pulverfabrik Trofaiach ereignete sich aus bisher unbekannter Ursache eine heftige Explosion, wobei 2 Arbeiter getötet wurden. Die nördliche Wand des Gebäudes wurde weggerissen und das Dach etwa 50 Meter weit fortgeschleudert. Die Erschütterung war so gewaltig, daß an vielen Häusern des Ortes die Fensterscheiben zertrümmert wurden.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig

Amtliche Bekanntmachungen.

Schafwäsche.

Im Hinblick auf die Verbreitung der Maul- und Klauenseuche in den benachbarten Oberämtern werden für die Benützung der gemeinschaftlichen Schafwäsche im Oberamt Nagold folgende seuchenpolizeilichen Vorschriften bekannt gegeben:

Schafherden aus den Oberämtern Calw, Herrenberg und Horb dürfen in den gemeinschaftlichen Schafwäschen des Oberamts Nagold nicht gewaschen werden. Den Besitzern der Schafwäschen ist bei Vermeidung sofortiger Schließung ihrer Wäsche untersagt, Schafherden aus den 3 genannten Oberämtern zur Wäsche zuzulassen.

Zur Ausfahrt in eine gemeinschaftliche Schafwäsche ist jede Herde frühestens 48 Stunden vor der Ausfahrt amtstierärztlich zu untersuchen und ein Zeugnis über den seuchenfreien Zustand der Herde sowie darüber beizubringen, ob diese in den letzten 6 Wochen als verseucht gesperrt war oder nicht. Auf Grund dieses Zeugnisses hat dann die Ortspolizeibehörde eine Wanderurkunde auszustellen.

Zu widerhandlung gieht nicht nur Strafe nach sich, sondern evtl. auch eine Nachholung der amtstierärztlichen Untersuchung.

Die Herren Ortsvorsteher werden ersucht, die Schafhalter auf diese Bestimmungen hinzuweisen, auch in den Gemeinden mit gemeinsamen Schafwäschen die Einhaltung dieser Vorschriften überwachen zu lassen.

Von der beabsichtigten Eröffnung einer gemeinschaftlichen Schafwäsche ist alsbald dem Oberamt Anzeige zu machen.

Nagold, den 26. April 1926.

Oberamt: Dr. Merkt, Amtmann.

Verdingung von Bauarbeiten.

Nachgenannte Arbeiten zum Neubau eines Dienstwohngebäudes für die Versorgungskuranstalt Waldeck bei Nagold werden hiermit zur Verdingung ausgeschrieben:

Aufschlagsbetrag:

- 1. Erdarbeiten 3140.— RM
- 2. Betonier-, Maurer- u. Steinhauserarbeiten 20133,15 RM
- 3. Zimmerarbeiten 11058,40 "
- 4. Dachdeckerarbeiten (Ziegel) 1550,20 "
- 5. Klempnerarbeiten 690,90 "
- 6. Glaserarbeiten 3558,90 "

Sämtliche Verdingungsunterlagen sind bei der Versorgungskuranstalt Waldeck zur Einsichtnahme durch die Bewerber ausgelegt. Angebote sind ebenfalls bis Freitag, den 7. Mai 1926, Nachmittags 2 1/2 Uhr einzureichen. Unbekannte Bewerber haben ihren Angeboten Fähigkeits- und Vermögenszeugnisse neueren Datums beizufügen.

Aufschlagsfrist 2 Wochen.

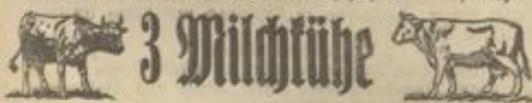
Reichsbauamt Stuttgart.

Sicherheits - Sprengstoffe

verschiedene Fabrikate, mit Zubehör, empfiehlt

Lorenz Luz jr. Altensteig, Tel. 46.

Wegen Aufgabe der Landwirtschaft verkaufe ich



darunter 2 Schwarzscheden.

Leibrock-Wart.

Gewerbebank Altensteig

e. G. m. b. H.

Entgegennahmen von

Spar-Einlagen

von jedermann bei hoher Verzinsung. Jeder Einleger erhält ein Sparbuch — Mindesteinlage 5 Mark.

Das Sprichwort „Spare in der Zeit, so hast du in der Not“ hat wieder volle Geltung.

Altensteig.



Gesangbücher

in großer Auswahl, zu mäßigen Preisen, empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhandlung.

Schlechtes Blut — — macht krank.

Reinige es, ehe es zu spät! Schnell und sicher wirken die alten bewährten Volksmittel Dr. Soldan's Wachholderextract Dr. Soldan's Blutreinigungstee's. Zu haben in der Drogerie Fr. Schlumberger.

Das Reich der Mechanik

(Physik für Alle)

Eine vollständige Darstellung der Physik und ihrer technischen Anwendungen.

Von Hanns Günther, dem bekannten technischen Fachmann. Das Werk enthält auf etwa 400 über 440 anschauliche Bilder. Die stets allgemeinverständlichen Erklärungen sind außerdem durch weit über 250 leicht ausführbarer Experiment-Anleitungen anregend gestaltet. Großformat. Geh. Rm. 12.— (Schw. Fr. 15.—). In Ganzleinen Rm. 16.—, (Schw. Fr. 20.—). Auch in 13 Lieferungen zu beziehen zu je Rm. 1.—, (Schw. Fr. 1.25) Verlag Dieck & Co., Stuttgart.

An der Kenntnis der Physik kann der moderne Mensch jeder Berufsklasse ebensowenig achtlos vorbeigehen, als an den gewaltigen Umwälzungen auf dem Gebiete der Technik! Das Bedürfnis nach naturwissenschaftlicher Bildung ergreift mit Macht immer weitere Kreise!

Physik ist die Grundlage aller Technik!

Zu beziehen durch die

W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig.

Beuten.



Langholz Verkauf.

Die Gemeinde bringt am Samstag, den 1. Mai, vorm. 10 Uhr auf dem Rathaus aus Abt. 5 und 4 Nach:

50,84 Festmeter Forchen, 10,93 Festmeter Tannen

im öffentlichen Auftrieb zum Verkauf. Anschließend werden

12 Rm. Papierholz und 12 Rm. Brennholz verkauft.

Den 24. April 1926.

Gemeinderat.

Neo-Gallistol-Gleber-Armeedol

D.R.-Pat. Osterr. Pat.

ist zugleich Wundöl, Knochenschmelze, Balastrich, Schmieröl, Led-öl, Dehlfettens!

! Tödtet alle Keimzellen und beseitigt deren Folgekrankheiten!

Unschädlich für Menschen, Tier, Pflanze, Weltliteratur gratis und franco. In Waffen-Geschäften, Apotheken, Drogerien, landwirtschaftlichen Geschäften, sonst von überall

Chem. Fabrik F. W. Gleber, Köln.

UBERSEEREISEN



REGELMÄSSIGE PERSONEN- UND FRACHTBEFÖRDERUNG NACH ALLEN YBILLEN DER WELT

Nach New York und Boston gemeinsam mit UNITED AMERICAN LINES

Gelegenheit zu VERGNÜGUNG- UND ERHOLUNGSREISEN ZUR SEE mit den Dampfern der regelmäßigen Dienste.

Auskünfte und Druckreden durch HAMBURG-AMERIKA LINIE HAMBURG / ALSTERDAMM 25

in: Nagold: Friedr. Schmid, Borstadt 55.